

W

Natürlich gehört die Türkei in die EU

VON WULF SCHÖNBOHM

NWA 48 99

nicht völlig ablehnen

Kürzungen beim Auslandsrundfunk

TUTTIGART, 3. August (epd). Gün-
 H. Oettinger, Chef-Mediendirektor
 CDU, hat den Bundestagsabordnete
 der Union empfohlen, die Haushalts-
 zungen bei den Deutschen Welle nicht
 ischal abzulehnen. „Die Deutsche Wel-
 wird um Kürzungen nicht herumkom-
 n“, sagte Oettinger, Vorsitzender des
 U-Bundesausschusses Medienpoli-
 Die von der rot-grünen Bundesregie-
 angestrebten Einsparungen in Millio-
 nhöhe, über die der Bundestag nach
 Sommerpause berät, müssten aber
 ichtig begründbar sein“, forderte Oet-
 ger. Eine Kürzung um zehn bis 15 Pro-
 zent im Etat des deutschen Auslandsrund-
 funks hielt er für vertretbar. „Aber eine
 Kürzung, die mit weit über 30 Millionen
 ginn und sich dann jährlich erhöht, hat
 t dieser sachlichen Entscheidung nichts
 ihr zu tun“, sagte Oettinger. Skeptisch
 berie sich der CDU-Politiker zu dem
 in der Deutschen Welle (DW), zusam-
 in mit ARD und ZDF einen rein
 utschsprachigen und dann eigenständig
 ten fremdsprachiger Fernseh-Auslands-
 anal zu gründeten. Zwar sei Englisch als
 elsprache für das „Außenmarketing“
 ausschlaggebend in der Welt unverzichtbar.
 n zusätzliches Programm dafür sei „an-
 ordnungsreich zwingend“. Oettinger be-
 ilt die angestrebte verteilte Kooperati-
 1 der DW als Bundesrundfunkanstalt
 it ARD und ZDF. „Dem Auslandsrund-
 nk kommt nicht sinkende, sondern steti-
 gende Bedeutung zu“, sagte er. Zudem sei
 e Deutsche Welle „alles andere als kon-
 fresser“. Die Sendeanstalt, die weltweit
 iesen- und Radioprogramme anbietet,
 i „eigentlich sehr zukunftsfähig“.

Joschka Fischers Aussagen bei
 seinem kürzlichen Besuch in der
 Türkei sind von den Oppositions-
 parteien CDU, CSU und FDP ein-
 heitlich kritisiert worden. In der Tat
 hat die Bundesregierung ihre Hal-
 lung gegenüber der Türkei geän-
 dert. Die Botschaft von Fischer in
 Ankara war eindeutig: Deutsch-
 land unterstützt die Türkei in
 ihrem Bemühen, als Kandidat für
 die EU-Mitgliedschaft ohne Vorbe-
 dingungen anerkannt und an den
 Kopenhagener Beitrittskriterien
 gemessen zu werden. Fischer äu-
 ßerte sogar, dass die EU auf ihrem
 nächsten Gipfel in Helsinki eine
 entsprechende Entscheidung fällen
 könnte. Genau dies hatte der EU-
 Gipfel in Luxemburg vor ein-
 halb Jahren nicht beschlossen,
 sondern - im Gegenteil - für die
 Türkei noch zusätzliche Kriterien
 für die Aufnahme in den Kreis der
 Kandidaten formuliert.

Wie ist dieser außenpolitische
 Kurswechsel der Bundesrepublik
 Deutschland zu bewerten? Zu-
 nächst ist klar: Um die Kopenhage-
 nen-Kriterien zu erfüllen, wird die
 Türkei 15 bis 20 Jahre brauchen.
 Für die dazu erforderlichen grund-
 legenden Reformen braucht sie
 Zeit, vor allem in den Bereichen
 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
 Meinungsfreiheit und Menschen-
 rechte. Ein schneller EU-Beitritt
 der Türkei ist also nicht zu erwar-
 ten. Und die Flexibilität muss
 für Türken in der EU solange aus-
 geschlossen bleiben, bis Deutsch-
 land sie wirtschaftlich und poli-

tisch verkarften kann.
 Dies wissen alle Exper-
 ten in Deutschland wie
 in der Türkei. Was ün-
 dert sich also?

Mit dem Kandida-
 tenstatus erhält Anka-
 ra erstmalig eine ernst-
 zu nehmende Perspek-
 tive für die EU-Mit-
 gliedschaft. Jetzt wer-
 den diejenigen Poli-
 tiker in Deutschland
 und den übrigen EU-
 Ländern, die die türki-
 sche EU-Mitglied-
 schaft ablehnen, dies
 aber nie offen gesagt
 haben, gezwungen,
 Farbe zu bekennen. Das ist gut so,
 denn die bisherige Hinhaltpolitik
 gegenüber der Türkei war nicht
 glaubwürdig.

Einige Politiker, die gegen eine
 EU-Mitgliedschaft der Türkei
 sind, begründen dies damit, dass
 ein muslimisches Land nicht in die
 europäische Wertegemeinschaft
 aufgenommen werden könne. Im
 Klartext heißt dies: Eine muslimi-
 sche Gesellschaft und westliche
 Werte sind miteinander unverein-

bar. Dies ist eine ideologieveräch-
 tige Kulturkampferische und nicht
 beweisene Hypothese; gerade die
 Türkei hat das Gegenteil bewiesen.
 Im Vergleich zu seinen benachbar-
 ten und den meisten anderen mus-
 limischen Ländern, die in Feuda-
 lismus und Militär- oder Mullah-
 diktatur verharren, ist die Türkei
 trotz all ihrer Defizite ein Vorbild



Dr. Wulf Schönbohm
 war Leiter der
 Grundsatzabteilung in
 der CDU-Bundes-
 geschäftsstelle. Er
 arbeitet und lebt seit
 1997 in Ankara.

an Demokratie und
 Rechtsstaatlichkeit.
 Die Türkei ist das
 Land, dem es am
 besten gelingen
 könnte, gleichzeitig
 muslimischer und de-
 mokratischer Staat
 zu sein. Europa
 müsste daher ein In-
 teresse daran haben,
 dass dieser Versuch
 in der Türkei erfolgs-
 reich ist, weil er eine
 große Ausstrahlung
 hat auf die gesamte
 muslimische Welt
 führt.

Dies ist auch ein
 Argument für diejenigen, die der
 Türkei eine faire Chance für die
 EU-Mitgliedschaft geben wollen.
 Sie trauen ihr zu, dass sie die Vo-
 raussetzungen für die Erfüllung
 der Kopenhagener-Kriterien schaf-
 fen kann. Bekommt die Türkei den
 Kandidatenstatus, muss sie ihre
 Reformfähigkeit unter Beweis stel-
 len; gleichzeitig enthält daraufhin die
 EU die Legitimation, die politische
 Entwicklung in der Türkei kritisch
 zu begleiten und den westlich von-
 entierten Reformkräften dort den
 Rücken zu stärken. Dem wach-
 sende ist auch, dass es in der Tür-
 kei durchaus Kerne gibt, die eine
 politische Integration in die EU
 und damit die endgültige Restie-
 gung der Türkei auf das westliche
 Wertesystem ablehnen. Der Bräuf-
 wechsel zwischen Ministerpräsi-
 dent Bülent Ecevit und Bundes-

kanzler Gerhard Schröder hat da-
 gegen deutlich gemacht, dass auch
 die neue türkische Regierung wei-
 terhin die EU-Mitgliedschaft an-
 strebt und die Kopenhagener-Krite-
 rien akzeptiert.

Sicherlich spielen bei manchen,
 die die türkische EU-Mitglied-
 schaft ablehnen, auch innenpoliti-
 sche Überlegungen eine Rolle.
 Dazu gehört die Erfahrung, dass
 die Integration der Türken in
 Deutschland leider nicht überzeu-
 gend gelungen ist, weshalb beide
 Seiten sich auf diesem Gebiet
 mehr anstrengen müssen. Auch
 der türkische Staat muss ein Inte-
 resse daran haben, dass die Tür-
 ken, die in Deutschland dauerhaft
 leben wollen, sich mit der deut-
 schen Gesellschaft, mit ihrer
 Sprache, Kultur und Tradition,
 identifizieren. Dies darf nicht als
 „Verrat am Turkentum“ interpre-
 tiert werden.

Fischer hat als Außenminister
 sehr früh viele Vorschusslorbeeren
 bekommen, nur weil er sich nicht
 wie Tritlin aufgeführt hat. Im Ko-
 sovo-Konflikt hat er politischen Pro-
 fit gewonnen. Mit seiner Türkei-
 Politik hat er der deutschen Au-
 ßenpolitik neue Impulse gegeben.
 Die Oppositionsparteien sollten
 sorgfältig abwägen, ob sie die Tür-
 kei-Politik der Bundesregierung
 ablehnen oder unterstützen wollen.